

## **POSITIONSPAPIER DER FDP-FRAKTION: EIN MODERNES ELTERNGELD, DAS FLEXIBILITÄT STÄRKT, SCHUTZRÄUME ERHÄLT UND PLANUNGSSICHERHEIT SCHAFFT**

Die aktuelle Debatte um die Elterngeld-Kürzungsvorschläge aus dem Bundesfamilienministerium zeigt, dass es in der Familienpolitik mit Blick auf den Bundeshaushalt und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung eines neuen Realismus bedarf.

Es ist die Pflicht der gesamten Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen, dafür Sorge zu tragen, dass wir einen verfassungskonformen, generationengerechten Bundeshaushalt aufstellen. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass die darin vorgesehenen Leistungen langfristig tragfähig und finanzierbar sind. Denn Eltern benötigen für den individuellen Prozess ihrer Familien- und Karriereplanung verlässliche Zusagen - gerade bei zentralen familienpolitischen Leistungen.

Wir Freie Demokraten werden das Aufstiegsversprechen und die Planungssicherheit für (werdende) Familien immer verteidigen.

Deshalb steht das Elterngeld als die zentrale und sehr erfolgreiche familienpolitische Leistung für uns im Fokus: Es bietet Familien im ersten Jahr nach der Geburt eines Kindes Sicherheit, indem es dazu beiträgt, sie wirtschaftlich zu stabilisieren. Das wollen wir unbedingt erhalten. Die Kürzungsvorschläge von Bundesfamilienministerin Lisa Paus im Elterngeld hingegen sorgen genau für das Gegenteil: Sie schaffen Verunsicherung und entziehen zehntausenden Familien die so wichtige Planungssicherheit für das erste Jahr nach der Geburt. Darüber hinaus erschwert die geplante Kürzung insbesondere gut ausgebildeten und ökonomisch unabhängigen Frauen die Vereinbarkeit von Karriere und Familienplanung. Das Absenken der Kappungsgrenze wäre somit vor allem für Frauen leistungsfeindlich.

Wir Freie Demokraten wollen Planungssicherheit und Verlässlichkeit für Familien im Elterngeld gewährleisten. Dazu schlagen wir vor, das Elterngeld im Sinne eines Dreiklanges zu gestalten:

1. Den einjährigen Schutzraum des Elterngeldes als Lohnersatzleistung, der Familien wirtschaftlich absichert, werden wir unverändert erhalten. Eltern müssen auch zukünftig innerhalb der aktuell geltenden Einkommensgrenzen ohne Abschläge zwölf Monate Elterngeld erhalten. Wir schützen damit das Aufstiegsversprechen und wirken den Kürzungsvorschlägen aus dem Familienministerium entgegen.
2. Eltern sollen sich ihre Elterngeldmonate flexibler aufteilen können, so wie es am besten zu ihrer individuellen Lebenssituation passt. Der Parallelbezug von Basis-Elterngeld nach den ersten zwei Monaten soll zukünftig nicht mehr möglich sein, ausgenommen von dieser Regelung sind Familien mit Zwillings- und Mehrlingsgeburten.

3. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Unterstützung der Mutter unmittelbar nach der Geburt. Eltern, die sich dazu entscheiden, im ersten Monat nach der Geburt parallel Elterngeld zu beziehen, erhalten einen zusätzlichen 13. Elterngeldmonat und darüber hinaus einen Bonus von 500 Euro. Der Parallelbezugsmonat im ersten Monat nach der Entbindung unterstützt zwei wichtige Ziele: die Stärkung der gemeinsamen Verantwortung für das neugeborene Kind, sowie den Regenerationsbedarf von Müttern nach der Geburt. Mit dem 500 Euro-Bonus im ersten Monat unterstützen wir die persönliche Entscheidung mehr Partnerschaftlichkeit individuell zu organisieren.

Wir stärken die Planungssicherheit für werdende Eltern zusätzlich, indem diese Neuregelungen erst für Geburten ab dem 1. April 2024 gelten. Alle anderen sollen das von ihnen fest eingeplante Elterngeld nach bisherigem Recht erhalten.

Auch das ist für uns eine Frage der Verlässlichkeit für Familien in diesem Land.

Unsere Vorschläge ermöglichen damit die aktuell geltenden Einkommensgrenzen für den Elterngeldbezug zu schützen, das Aufstiegsversprechen zu gewährleisten, individuellen Vereinbarkeitsfragen flexiblere Rahmenbedingungen zu geben und schlussendlich mehr Planungssicherheit für Familien.